68. Jahrgang. № 335 — Dienstag, 4. Dezember 1923

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 1./12. bis 7./12. 1,1 Billion M. Einzelnummer 200 Milliarden M.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 30 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 5 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die Klippe für das Kabinett Marx.

Der verfassungändernde Charakter des Ermächtigungsgesetzes. — Zweidrittelmehrheit ohne Sozialdemokratie unmöglich. — Die Reichstagsauflösung wieder im Vordergrund. — Der sozialistische Landesparteitag in Sachsen für erneutes Zusammengehen mit den Kommunisten. — Abbau der Fleisch- und Brotpreise in Berlin.

Um die Zweidrittelmehrheit für das Ermächtigungsgesetz.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 3. Dez. Die neue Reichsregierung, die sich morgen dem Reichstag vorstellen wird, gedenkt bekanntlich ein neues Ermächtigungsgesetz einzubringen, das sie zur Durchführung dringender, vor allem innerpolitischer und wirtschaftlicher Maßnahmen befähigt. Die Gesetzesvorlage, die in den Vormittagsstunden den Reichsrat beschäftigen wird, hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, die sie im Hinblick auf die Not von Volk und Reich für erforderlich und dringend erachtet. Eine Abweichung von den Vorschriften der Reichsverfassung ist nicht zulässig. Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind aufzuheben, wenn der Reichstag dies in zwei Abstimmungen, zwischen denen ein Zeitraum von wenigstens einer Woche liegen muß, verlangt.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt am 15. Februar 1924 außer Kraft.

Von der Annahme oder Ablehnung dieses Gesetzes im Reichstag hängt die Zukunft bzw. die Existenz des Kabinetts ab, das darauf verzichtet hat, einen besonderen Vertrauensantrag durch die Regierungsparteien einbringen zu lassen. Es kommt bei dieser Entscheidung wesentlich darauf an, ob das Gesetz als normale Gesetzesvorlage in hergebrachtem Sinne oder ob es als

verfassungänderndes Gesetz

zu betrachten ist. Im einen Falle genügt die einfache Mehrheit der abstimmenden Reichstagsabgeordneten, im anderen ist die Anwesenheit von zwei Dritteln aller Reichstagsmitglieder und die Annahme durch zwei Drittel der abstimmenden Abgeordneten erforderlich. Für den verfassungändernden Charakter des Gesetzes tritt u. a. der Reichstagspräsident Löbe ein, der einem parlamentarischen Nachrichtenbureau gegenüber erklärt hat, **daß das Gesetz nach seiner Auffassung trotz des im Text gemachten Vorbehalts der qualifizierten Mehrheit des Reichstags bedürfe. Löbe meint, daß schon darin eine Verfassungsänderung enthalten sei, daß der Reichstag auf sein Gesetzgebungsrecht für bestimmte Fälle zu verzichten habe.** Auch in Kreisen der Regierung selbst scheint man sich derartigen Bedenken nicht grundsätzlich zu verschließen. Jedenfalls muß stark mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Regierung selbst die Vorlage als verfassungänderndes Gesetz einbringt. **Die somit notwendig werdende Zweidrittelmehrheit dürfte allerdings kaum, auch nicht durch einen Zufall, erreicht werden.** Denn die Regierungsparteien zählen bei Anrechnung der Deutsch-hannoverschen Partei und des Bayrischen Bauernbundes rund 200 Mitglieder, die Opposition von links 196, die Deutschnationale Volkspartei mit den Deutschvölkischen 65. Auch eine einfache Regierungsmehrheit könnte daher nur bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen oder der Sozialdemokraten zustandekommen. Selbstverständlich wird weder die Neutralität der Rechten noch die der Linken bedingungslos zu haben sein, und es ist deshalb verständlich, daß **von Regierungsseite her mit der Ermächtigung zur Reichstagsauflösung sehr deutlich gewinkt wird.** Gleichzeitig läßt man durchblicken, daß gewisse Milderungen des militärischen Ausnahmezustandes vorgenommen werden könnten, und zwar so, daß in den „ruhigen" Reichsteilen statt des militärischen der zivile Ausnahmezustand eingesetzt werde. Eine solche Durchlöcherung des militärischen Belagerungszustandes würde aber unzweifelhaft die **Deutschnationalen in schärfste Kampfstellung** gegen die Regierung zwingen, und deren einzige parlamentarische Hoffnung könnte sonach auf die Neutralität der Sozialdemokratie gehen.

Auf der anderen Seite aber bedeutet die Person des Justizministers Emminger von der Bayrischen Volkspartei, der in seiner Zivilstellung Staatsanwalt in Bayern ist, eine Herausforderung der radikalen Strömungen in der Sozialdemokratie, die in der Partei immer mehr hochkommen, so daß es durchaus möglich erscheint, daß die Sozialdemokratie darauf mit einem Mißtrauensvotum gegen das Kabinett reagieren würde. Jedenfalls zeigt sich, daß das Kabinett Marx seinen Weg über des Messers Schneide nehmen muß. Wenn es dabei verunglückt, so kann, nachdem in den letzten acht Tagen alle denkbaren Kombinationen erschöpft und für unausführbar erkannt wurden,

eine neuerliche Gesamtdemission der Regierung und ein neuerliches Interregnum mit all den schädlichen Begleiterscheinungen, die sich in der vergangenen Woche zeigten, nicht tragbar erscheinen.

Dann bliebe wirklich **nur die Auflösung des Reichstages** übrig, die auch schon angedroht wird. Man weiß nicht, ob der Reichskanzler die erforderliche Ermächtigung des Reichspräsidenten bereits in den Händen hat, aber man weiß, daß der Reichspräsident ebenso wie seinerzeit Dr. Stresemann, so auch dem Abg. Stegerwald für den einen Fall der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes durch den Reichstag die Auflösungsordre zusagte. Daraus darf man wohl schließen, daß sie dem Reichskanzler Marx unter der gleichen Voraussetzung nicht werde verweigert werden.

Kabinettsrat über Währungsmaßnahmen.

Berlin, 3. Dez. Das Reichskabinett nahm heute nachmittag den Bericht des Reichswährungskommissars Dr. Schacht über die bisher getroffenen und weiter von ihm auf dem Gebiete des Währungswesens beabsichtigten Maßnahmen entgegen, die die Billigung der Reichsregierung fanden. Im Anschluß daran berichtete der Reichssparkommissar Minister a. D. Saemisch über die geplanten Sparmaßnahmen. **Der vom Reichsfinanzminister unterbreitete Plan für den Abbau und die Vereinfachung der behördlichen Organisation wurde gutgeheißen. Die Notwendigkeit einer tatkräftigen Durchführung des Beamtenabbaues wurde betont.** Die Sitzung wurde um 8 Uhr abends unterbrochen zwecks Empfanges der Führer der Koalitionsparteien durch den Reichskanzler, der die Führer der Deutschnationalen Volkspartei und der V. S. P. D. bereits mittags empfangen hatte.

In der um 9 Uhr 30 Min. abends fortgesetzten Sitzung des Reichskabinetts wurde auf Grund der Besprechung des Kanzlers mit den Parteiführern die parlamentarische Lage eingehend erörtert. (W. T. B.)

Die Ruhrliquidation als Einleitung einer neuen Phase der Weltpolitik.

Mit dem Abschluß des Vertrages zwischen der Ruhrindustrie und der französischen Ruhrkommission, mit der Herstellung eines Hörigkeitsverhältnisses für die Ruhrindustrie hat Frankreich vorläufig den Schlußstrich gesetzt unter seine Bemühungen, seinen Vertragsbruch im Ruhrgebiet zu liquidieren und die Früchte einzuheimsen, die ihm der heldenmütige Widerstand an der Ruhr bisher versagt hatte. Heute steht Frankreich auf einem neuen Gipfelpunkt seiner Macht. Es steht militärisch unangreifbar da, es läßt seinen Alliierten keine andere Wahl, als die bittere Pille der französischen Herrschaft an der Ruhr zu schlucken, es hat sich durch den Zwang für die deutsche Industrie, die Kohlensteuer in Franken zu bezahlen, ein wirksames Mittel geschaffen, um durch die erzwungene Nachfrage den Zerfallstendenzen des französischen Franken entgegenzuwirken, und es hat durch seine diktatorische Kontrolle über das wichtigste europäische Industriezentrum den Grund gelegt zu einer wirtschaftlichen Neugestaltung Europas, die die französische Hegemonie auf dem Kontinent zu einer unabwendbaren Tatsache macht. Frankreich hat es heute vollständig in der Hand und es wird seine ganze Politik auf dieses Ziel einstellen, das Wirtschaftsleben an der Ruhr nur so weit in Gang zu halten, als es zur Befriedigung der Geld- und Kohlenbedürfnisse Frankreichs notwendig ist, daß es keine Konkurrenzgefahr für die französische Industrie bedeutet, daß es aber jederzeit in kürzester Frist für den Kriegsbedarf auf Vollbetrieb umgestellt werden kann. Man hat zweifellos im Ententelager seit langem die Gefahr richtig erkannt, die in der Zusammenfassung des riesigen Industriegebiets von Nordfrankreich, Belgien und Luxemburg bis zum Rhein und der Ruhr als einer ungeheuren französischen Waffenfabrik für den nächsten Krieg heraufzog, aber man hat den Kopf in den Sand gesteckt, hat den Karren laufen lassen wie er lief, hat sich auf kleine diplomatische Mittel beschränkt, weil man dem französischen Militarismus nicht beikommen konnte und weil man nichts anderes hatte, was man an die Stelle der längst schon auseinandergefallenen Entente hätte setzen können. Was man heute von scharfen englisch-französischen Konflikten und doch rasch immer wieder folgenden Kompromissen hört, ist nichts anderes als die notwendige Folge der französischen Hegemoniepolitik, gegen die aber bis jetzt England weder den festen Willen aufgebracht noch erfolgversprechende Mittel ausfindig gemacht hat. Einig sind sich heute alle Alliierten nur darin, daß weder England noch Italien noch auch Belgien die endgültige Errichtung und Konsolidierung der französischen Hegemonie in Europa zulassen wollen. Ein Weg, sie zu verhindern, ist aber noch nicht gefunden, kann auch zweifellos nur gefunden werden in einer ganz allmählichen weltpolitischen Umstellung, die, wenn nicht alle Anzeichen trügen, bereits begonnen hat.

Diese weltpolitische Umstellung geht anscheinend von Italien aus; denn wenn auch England seit langem bereits mit wechselndem, im allgemeinen auch mit wachsendem Erfolge an der Isolierung Frankreichs gearbeitet und im Orient wirkliche Resultate damit erzielt hat, so hat es doch damit in der Reparationspolitik ebensowenig wirkliche Erfolge davongetragen wie Belgien mit seinen Bemühungen, die Frage der Ruhrbesetzung wieder auf das rein wirtschaftliche Gebiet der Reparationen zurückzuführen. Auch Amerika hat mit der bedeutsamen Rede des Staatssekretärs Hughes ein außenpolitisches Programm aufgestellt, das sich mit seiner Spitze gegen die militärischen Rüstungen und der wiederholten Forderung der Untersuchung der deutschen Leistungsfähigkeit gegen Frankreich wendet. Es hat aber auch darüber keinen Zweifel gelassen, daß es vorläufig nur ein abwartender Interessent ist, und wenn auch in der amerikanischen Schuldenfundierungskommission der Plan ventiliert wird, an die europäischen Schuldner, insbesondere an Frankreich, mit der Frage heranzutreten, wie sie sich die Abzahlung ihrer Schulden an Amerika denken, so wäre es doch nach der ganzen europamüden Einstellung der amerikanischen Politik verfehlt, auf eine Aktivität Amerikas zu rechnen, solange England keine klare Politik treibt. Es sind hier überall nur Wünsche und schwache Ansätze zu erkennen. Einen wirklich neuen Weg schlägt lediglich Italien ein, das nach der revolutionären Umstellung Spaniens zu einer dem Faschismus ähnlichen Diktatur seine Interessengemeinschaft mit Spanien entdeckt hat. Das spanische Königspaar und der spanische Diktator Primo de Rivera sind in Rom mit ausgesuchter Liebenswürdigkeit aufgenommen und vom gesamten italienischen Volk begeistert begrüßt worden. Die erste Folge dieses Königsbesuchs ist der Abschluß eines Wirtschaftsabkommens, das Italien Rohmaterialien, wie Kohle und Eisenerze, Spanien aber Erzeugnisse der Kriegsindustrie, wie Motore, Flugzeuge, Waffen und Schiffsbauten, sichert. Die weitere Folge sollen dann diplomatische und militärische Vereinbarungen sein, die auf eine Entente **zwischen den beiden lateinischen Ländern hinaus-**

Die Radikalisierung der sächsischen Sozialdemokratie.

Der Sozialdemokratische Landesparteitag für Zusammengehen mit den Kommunisten.

Aus den in der „Dresdner Volksztg." gegebenen Mitteilungen über den Verlauf des sozialdemokratischen Landesparteitages in Dresden, der hinter verschlossenen Türen stattfand, erhellt, daß die Stimmung der Versammlung überwiegend gegen die Koalitionspolitik und für die Wiederanknüpfung der Beziehungen zu den Kommunisten war.

Zur Reichspolitik

wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Entwicklung der politischen Verhältnisse hat im Laufe des letzten halben Jahres mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die kapitalistischen Parteien an die Mithilfe der Sozialdemokratie lediglich appellieren, um Teile des Proletariats ihrer Politik nutzbar zu machen und einen Keil in die Arbeiterschaft hineinzutreiben. Ihren treffendsten Ausdruck fand diese Politik in der Reichsexekutive gegen das proletarisch regierte Sachsen, die während der Teilnahme von Sozialdemokraten an der Reichsregierung beschlossen wurde. Dieser Anschlag gegen die Demokratie, die Beschneidung der sozialen Arbeiterrechte, die Annahme des Ermächtigungsgesetzes, die kapitalistische Lösung oder Nichtlösung der Finanz- und Reparationsfragen, alles das beweist, **daß politische Zusammenarbeit zwischen Proletariat und Kapitalismus heute ein Ding der Unmöglichkeit ist.** Das Scheitern der Regierungen der großen Koalition ist eine bittere Lehre für deren Anhänger. Die Bildung dieser Regierungen und ihre Wirksamkeit hat der demokratischen Entwicklung im Reiche und in den einzelnen Ländern den schlechtesten Dienst erwiesen und der Rechtsdiktatur im Reiche die Wege geebnet.

Da die Mehrheit der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes diese Politik trotz aller Warnungen bis zu ihrem Zusammenbruch fortgesetzt hat, spricht ihr der Parteitag das Vertrauen ab."

Der erste Absatz dieser Entschließung wurde gegen zwei, der zweite Absatz mit 79 gegen 21 Stimmen angenommen.

Einstimmig wurde ferner die Beseitigung des Ausnahmezustandes gefordert.

Ueber den Antrag zur sächsischen Landespolitik

wurde absatzweise wie folgt abgestimmt:

1. **Die gewaltsame Beseitigung der sozialistisch-kommunistischen Regierung durch die Reichsexekutive war ein Bruch der Verfassung.** Einstimmig angenommen.

2. **Der Landesparteitag bekennt sich erneut zu dem Grundsatz, der eine Geltendmachung der proletarischen Mehrheit erstrebt.** Gegen 4 Stimmen angenommen.

3. **Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist eine sozialistische Minderheitsregierung das Gegebene.** Einstimmig angenommen.

4. **Wird die sozialistische Minderheitsregierung gestürzt, so muß versucht werden, mit den Kommunisten zu einer gemeinsamen Regierungsplattform zu kommen.** Gegen zwölf Stimmen angenommen.

5. **Landesinstanzen und Landtagsfraktion sind an diesen Beschluß gebunden.** Einstimmig angenommen.

6. **Die Bildung jeder Koalitionsregierung ist an die formelle Zustimmung eines Parteitages gebunden.** Gegen 4 Stimmen angenommen.

Zeigner verweigert weitere Aussagen.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 3. Dez. Wie aus Leipzig berichtet wird, hat auf Anraten seiner Verteidigung der in Untersuchungshaft sitzende ehemalige sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner jede weitere Angabe dem Untersuchungsrichter gegenüber verweigert. Zeigner begründete dies mit seinem physisch und psychisch stark angegriffenen Zustand. Seitens seiner Verteidigung wird erklärt, daß ihr der Verkehr mit dem Inhaftierten sehr erschwert werde.

Dollar (Amtlich): 4200 Milliarden